

Chronologie 2003

Simone Weske

Januar

Bildung und Kultur

10. Januar: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung an. Um eine wissensbasierte Gesellschaft und Wirtschaft aufzubauen, sei eine substanzielle Aufstockung der Bildungsausgaben nötig.

Wirtschaft und Soziales

14. Januar: Die Kommission nimmt im Hinblick auf die Frühjahrstagung des Europäischen Rates einen Bericht über die Lissabonner Strategie zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung an. Sie zieht darin Bilanz über bisher erreichte Fortschritte und legt die Prioritäten für das kommende Jahr fest.

Sicherheit und Recht

14. Januar: Die Kommission legt ein Grünbuch vor, in dem sie die Zweckmäßigkeit untersucht, das Übereinkommen von Rom in ein Gemeinschaftsinstrument umzuwandeln.

Wirtschaft und Soziales

21. Januar: Die Kommission nimmt ein Grünbuch über die europäische Raumfahrtpolitik an und leitet damit eine Debatte über eine bessere Nutzung der Raumfahrt für die europäische Politik und die Lebensqualität der Bürger ein.

Wirtschaft und Soziales

21. Januar: Der Rat erlässt eine Entscheidung über das Bestehen eines übermäßigen Defizits in Deutschland. Gleichzeitig richtet er diesbezüglich eine Empfehlung an die deutschen Behörden und fordert sie auf, die nötigen Maßnahmen vor dem 21. Mai zu ergreifen. Weiterhin wird an Frankreich eine Empfehlung ausgesprochen, die vor dem Entstehen eines übermäßigen Defizits warnt.

Wirtschaft und Soziales

22. Januar: Die Kommission nimmt ein Grünbuch über den Unternehmergeist in Europa an.

Wirtschaft und Soziales

24. Januar: Die Kommission beschließt einen Vorschlag für eine Richtlinie zum Schutz der Rechte an geistigem Eigentum. Zum einen sollen die Instrumente zur Durchsetzung von Immaterialgüterrechten in den Mitgliedstaaten harmonisiert werden, zum anderen wird ein allgemeiner Rahmen für die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden festgelegt.

Sicherheit und Recht

27. Januar: Der Rat verabschiedet eine Richtlinie über Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern. Eine weitere Richtlinie verabschiedet er über einen besseren Zugang zum Recht bei Streitsachen mit grenzübergreifendem Bezug. Außerdem wird ein Rahmenbeschluss über den Schutz der Umwelt durch das Strafrecht gefasst.

Februar

Nizza

1. Februar: Der Vertrag von Nizza tritt in Kraft.

Menschenrechte und Grundfreiheiten

4. Februar: Die Kommission schlägt eine zweite Phase (2004–2008) des Programms „Daphne“ zur Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen und zum Schutz von Opfern und gefährdeten Gruppen vor.

Bildung und Kultur

6. Februar: Das Europäische Parlament und der Rat beschließen die Einrichtung des Europäischen Jahres der Erziehung durch Sport 2004.

Irak-Konflikt

17. Februar: Der Europäische Rat trifft zu einer Sondersitzung in Brüssel zusammen, um die internationale Lage im Zusammenhang mit der Irak-Krise zu erörtern. Seine Mitglieder treffen außerdem den UN-Generalsekretär Kofi Annan und den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Pat Cox. Der Rat bekundet seine Unterstützung für den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bei der Entwaffnung des Irak und stellt fest, dass es Aufgabe des irakischen Regimes sei, diese Krise zu beenden, indem es der Position des Sicherheitsrates nachkommt. Er bekräftigt, dass Gewalt nur als letztes Mittel eingesetzt werden sollte und dass die Vereinten Nationen weiterhin im Zentrum der Weltordnung stehen müssten. Die Union zeigt sich entschlossen, mit ihren Partnern, insbesondere mit den Vereinigten Staaten, zusammenzuarbeiten, um die Abrüstung des Irak sowie Frieden und Stabilität in der Region zu erreichen.

Wirtschaft und Soziales

17. Februar: Die Kommission nimmt eine Mitteilung zur Einführung einer Europäischen Krankenversicherungskarte an. Diese soll die Vordrucke ersetzen, die derzeit für den Zugang zu Sachleistungen, während eines vorübergehenden Aufenthaltes in einem Mitgliedsstaat, erforderlich sind. Den Bürgern soll so das Reisen innerhalb der Union erleichtert werden.

Sicherheit und Recht

18. Februar: Der Rat erlässt eine Verordnung zur Festlegung der Kriterien und Verfahren für die Prüfung von Asylanträgen. Demnach ist ein Asylantrag nur ein Mal von dem Mitgliedstaat zu prüfen, in dem der Antrag zum ersten Mal gestellt wurde.

Erweiterung

19. Februar: Die Kommission nimmt positiv Stellung zu den Anträgen Estlands, Lettlands, Litauens, Maltas, Polens, der Slowakei, Sloweniens, der Tschechischen Republik, Ungarns und Zyperns auf Beitritt zur Europäischen Union.

März

Umwelt

3. März: Das Europäische Parlament und der Rat verabschieden eine Richtlinie, die den Mitgliedstaaten auferlegt, den Schwefelgehalt von Benzin und Dieselmotorkraftstoffen bis zum Jahr 2005 zu verringern und bis 2009 auf null zu begrenzen.

Umwelt

5. März: Die Kommission nimmt einen Vorschlag für eine Richtlinie über die Meeresverschmutzung durch Schiffe und die Einführung von Sanktionen für Verschmutzungsdelikte an. Vor allem unter dem Eindruck des Untergangs der Öltankschiffe „Erika“ und „Prestige“ werden Maßnahmen genannt, die derartigen Umweltkatastrophen vorbeugen sollen.

Erweiterung

8. März: Referendum in Malta über den Beitritt zur Union: 53,56% Ja-Stimmen.

Wirtschaft und Soziales

11. März: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über die Anpassung des Ansatzes der Union im Rahmen der Lissabon-Strategie an.

Rolle der Union in der Welt

11. März: In einer Mitteilung über die Beziehungen zu den neuen Nachbarstaaten der erweiterten Union hat die Kommission einen neuen Rahmen für die Beziehungen zu den Ländern an den künftigen Land- und Seeaußengrenzen vorgeschlagen, also Russland, Ukraine, Republik Moldau, Belarus, Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Palästinensische Behörde, Syrien und Tunesien. Die Kommission empfiehlt, eine Zone des Wohlstands und der guten Nachbarschaft mit einem „Ring befreundeter Staaten“ zu entwickeln, zu denen die EU enge, friedliche und kooperative Beziehungen unterhält. Sie schlägt vor, dass die EU ihren Nachbarn die Aussicht auf Teilnahme am Binnenmarkt der EU und auf weitere Integration und Liberalisierung zur Förderung der „vier Freiheiten“ bietet, im Gegenzug zu nachgewiesenen konkreten Fortschritten bei der Verwirklichung der gemeinsamen Werte und der effektiven Umsetzung politischer, wirtschaftlicher und institutioneller Reformen. Diese Politik soll im Rahmen von Aktionsplänen für die einzelnen Länder und/oder Regionen durchgeführt werden. Die Kommission plant außerdem den Abschluss neuer Nachbarschaftsabkommen.

Wirtschaft und Soziales

11. März: Die Kommission verabschiedet eine Mitteilung zu Industrie- und Marktaspekten auf dem Verteidigungssektor, in der sie auf die Notwendigkeit hinweist, eine Verteidigungsgüterpolitik der Europäischen Union zu erarbeiten. In diesem Sinne legt die Kommission mehrere Initiativen zur Stärkung der industriellen und technologischen Grundlagen des Verteidigungssektors in Europa, zur Förderung eines international wettbewerbsfähigen europäischen Verteidigungsgütermarktes und zur Förderung von Forschungsarbeiten vor.

Rolle der Union in der Welt

18. März: Der Rat verabschiedet einen Beschluss über den Beginn der Militäroperation in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien.

Wirtschaft und Soziales

20. März: Der erste Dreiergipfel (Rat – Kommission – Sozialpartner) für Wachstum und Beschäftigung findet in Brüssel statt. Er dient einem Meinungsaustausch über die Umsetzung der Lissabonner Strategie und den Beitrag der Sozialpartner zur Verwirklichung der darin genannten Ziele.

Europäischer Rat

20.-21. März: Der Europäische Rat tritt in Brüssel zu seiner Frühjahrstagung zusammen, die den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fragen im Rahmen der Lissabonner Strategie gewidmet ist. Der Rat ersucht die Kommission, eine Task Force „Beschäftigung“ einzurichten, beschließt eine Reihe von Maßnahmen zur Sicherheit im Seeverkehr und ruft die Union zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung auf. Des Weiteren nimmt er zu den Spannungen im Irak, im Nahen Osten, auf dem Balkan und in Nordkorea Stellung.

Wirtschaft und Soziales

21. März: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über die Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik an. Darin schlägt sie einen Aktionsplan für die operative Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union vor. Außerdem befürwortet sie die Schaffung einer gemeinsamen Aufsichtsstelle, um die Kontrolltätigkeiten der zuständigen nationalen Behörden wirksam zu koordinieren. Die nationalen Kontrollmittel sollen zunehmend zusammengefasst und letztendlich eine EU-Fischereiaufsichtsbehörde geschaffen werden.

Erweiterung

23. März: Referendum in Slowenien über den Beitritt zur Union: 89,61% Ja-Stimmen.

Sicherheit und Recht

26. März: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über die gemeinsame Asylpolitik an.

Energie

26. März: In einer Mitteilung über die Folgen des Irakkrieges für den Energie- und den Verkehrssektor drückt die Kommission ihre Sorge hinsichtlich der Risiken von Ölpreisschwankungen, der Vorratshaltung, der Verwendung nationaler fiskalischer Maßnahmen und der Sicherheit der Energieinfrastrukturen aus. Darüber hinaus plant sie Maßnahmen im Bereich der nuklearen Sicherheit.

April

Rolle der Union in der Welt

1. April: Nach Abschluss der Ratifikationsverfahren tritt das am 23. Juni 2000 in Cotonou zwischen den 77 AKP-Staaten und der Gemeinschaft, sowie den Mitgliedstaaten unterzeichnete Partnerschaftsabkommen in Kraft. Das Abkommen, von dem einige Teile bereits seit August 2000 vorläufig in Kraft sind, beruht auf fünf unabhängigen Säulen: Der politischen Gesamtdimension, partizipativen Konzepten, der verstärkten Ausrichtung auf das Ziel der Armutsverringerung, der Einrichtung eines neuen wirtschaftlichen und handelspolitischen Kooperationsrahmens und der Reform der finanziellen Zusammenarbeit.

Verkehr

7. April: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über die Förderung des Kurzstreckenseeverkehrs an. Diese zielt darauf ab, den Anstieg des Straßenverkehrs zu bremsen und für eine ausgewogenere Verteilung auf die verschiedenen Verkehrsträger zu sorgen. Außerdem verabschiedet die Kommission einen Vorschlag für eine Richtlinie über intermodale Ladeeinheiten.

Unionsbürgerschaft

8. April: In einer Mitteilung fordert die Kommission die künftigen Mitgliedstaaten auf, den gemeinschaftlichen Besitzstand über das Wahlrecht durchzuführen und die Einschreibung aller Bürger in Wählerlisten zu fördern, damit die Teilnahme aller Unionsbürger an den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 sichergestellt wird.

Erweiterung

12. April: Referendum in Ungarn über den Beitritt zur Union: 83,76% Ja-Stimmen.

Sicherheit und Recht

14. April: Im Hinblick auf die besondere Situation der Enklave Kaliningrad verabschiedet der Rat zwei Verordnungen zur Einführung von Dokumenten für den erleichterten Transit durch die Union von einem Teil eines Drittstaats in einen anderen.

Erweiterung

16. April: Der Beitrittsvertrag mit den zehn neuen Mitgliedstaaten wird in Athen unterzeichnet. Die Staats- bzw. Regierungschefs nehmen ferner die „Erklärung von Athen“ an: Die Union spiegele in ihrer neuen Form die gemeinsame Entschlossenheit wider, jahrhundertelangen Konflikten ein Ende zu setzen und die früheren Trennungslinien des europäischen Kontinents zu überwinden. Der Beitritt stelle einen neuen Vertrag zwischen Bürgern und nicht nur zwischen Staaten dar. Die Unterzeichner bekräftigen außerdem ihre Entschlossenheit, ihrer globalen Verantwortung gerecht zu werden, indem sie zur Konfliktvermeidung, zur Friedenssicherung und zur Stabilität in der Welt beitragen wollen.

Verkehr

23. April: Die Kommission gibt in einer Mitteilung einen Überblick über den Stand des transeuropäischen Verkehrsnetzes und prüft Finanzierungsmöglichkeiten für seine optimale Weiterentwicklung, darunter den Aufbau öffentlich-privater Partnerschaften. Die Mitteilung enthält einen Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die allgemeine Einführung und die Interoperabilität elektronischer Mautsysteme in der Gemeinschaft, um die Gebühren für die Nutzung der Infrastruktur leichter einnehmen zu können, was teilweise die Finanzierung neuer Infrastrukturmaßnahmen ermöglichen kann.

Wirtschaft und Soziales

30. April: Die Kommission nimmt die Mitteilung „In die Forschung investieren: Aktionsplan für Europa“ an. Darin legt sie einen Aktionsplan mit vier Stützpfählern vor: Eine bessere Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten und Beitrittsländern, eine Verbesserung der öffentlichen Unterstützung für die Forschung, eine Erhöhung der öffentlichen Forschungsausgaben und eine Verbesserung des Umfelds für Forschung und technologische Innovation in Europa.

Mai

Rolle der Union in der Welt

1.-2. Mai: Das zwölfte jährliche Gipfeltreffen EU-Japan findet in Athen statt. Die Parteien stellen übereinstimmend fest, dass eine diplomatische Lösung im Streit mit Nordkorea und in Nahost wesentlich sei, dass die Vereinten Nationen bei der Stabilisierung in Irak eine zentrale Rolle übernehmen müssten und dass für die Bekämpfung von SARS eine verstärkte Zusammenarbeit wichtig sei.

Verkehr

2. Mai: Die Kommission nimmt einen Vorschlag für einen Rahmenbeschluss an, der den strafrechtlichen Rahmen zur Bekämpfung der Meeresverschmutzung durch Schiffe verstärken soll. Der Vorschlag beinhaltet insbesondere eine Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten und eine verstärkte Zusammenarbeit der Justizbehörden.

Wirtschaft und Soziales

7. Mai: Die Kommission nimmt die Mitteilung „Binnenmarktstrategie: Vorrangige Aufgaben 2003-2006“ an. Darin legt die Kommission zehn vorrangige Aufgaben fest, denen sich die Europäische Union in den kommenden drei Jahren stellen muss, damit sie die Vorteile des Binnenmarktes im Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung optimal nutzen kann und den Herausforderungen gerecht wird, die sich aus der Erweiterung und dem Altern der Bevölkerung ergeben sowie aus der Zielsetzung, die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen.

Energie

8. Mai: Das Europäische Parlament und der Rat verabschieden eine Richtlinie zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen und anderen erneuerbaren Kraftstoffen im Verkehrssektor. Ziel dieser Maßnahme ist es, einen Beitrag zur Verwirklichung von Zielen wie der Einhaltung der Verpflichtungen im Bereich des Klimawandels, einer umweltfreundlichen Versorgungssicherheit und der Förderung erneuerbarer Energiequellen zu leisten.

Erweiterung

11. Mai: Referendum in Litauen über den Beitritt zur Union: 91,04% Ja-Stimmen.

Rolle der Union in der Welt

12. Mai: Auf der 19. Ministerkonferenz zwischen der Europäischen Union und der San-José-Gruppe würdigen die Minister die Fortschritte, die die zentralamerikanischen Staaten in Bezug auf die Konsolidierung der Demokratie aufzuweisen haben. Sie verweisen dabei auf die Notwendigkeit, ihre Zusammenarbeit fortzusetzen, damit sich eine echte Friedenskultur etablieren kann und die Voraussetzungen für die weitere wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung geschaffen werden. Die Minister würdigen außerdem die Anstrengungen, die Belize und Panama unternommen haben, um in die Zentralamerikanische Bank für wirtschaftliche Integration aufgenommen zu werden.

Rolle der Union in der Welt

16. Mai: Der AKP-EG-Ministerrat genehmigt mit einer Übergangsbestimmung hinsichtlich der Finanzhilfe für den Zeitraum 2000-2005 den Beitritt von Osttimor zum AKP-EG-Partnerschaftsabkommen.

Finanzierung der Gemeinschaftstätigkeiten

19. Mai: Das Europäische Parlament und der Rat erlassen eine Entscheidung über die Anpassung der Finanziellen Vorausschau anlässlich der Erweiterung.

Umwelt

19. Mai: Der Rat unterzeichnet ein Protokoll über die strategische Umweltprüfung zum Espooer UN/ECE-Übereinkommen von 1991. Damit wird ein Rahmen für die Bewertung signifikanter Umweltauswirkungen geschaffen und gleichzeitig dazu ermutigt, bei Entwürfen für Texte politischer oder rechtlicher Art potenzielle signifikante Umweltauswirkungen zu berücksichtigen. Weiterhin unterzeichnet der Rat ein Protokoll über Schadstoffemissionsregister und Schadstofftransport (EPER), um ein System für die Erfassung und Verbreitung von Umweltinformationen über Emissionen und Transport von gefährlichen chemischen Produkten zu schaffen.

Erweiterung

19. Mai: Der Rat erlässt drei Beschlüsse zur Aktualisierung der Beitrittspartnerschaften mit Bulgarien, Rumänien und der Türkei. Diese betreffen die Maßnahmen, die die drei Länder ergreifen müssen, um die politischen und wirtschaftlichen Kriterien für die Mitgliedschaft in der EU zu erfüllen und den Verpflichtungen nachzukommen, die sich aus der Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstands ergeben.

Wirtschaft und Soziales

21. Mai: Die Kommission billigt ein Grünbuch über die Leistungen der Daseinsvorsorge. Damit beginnt sie eine vollständige Überprüfung ihrer Politik auf dem Gebiet der Leistungen der Daseinsvorsorge. Es wird insbesondere die Frage aufgeworfen, ob die Schaffung eines allgemeinen gemeinschaftlichen Rechtsrahmens für derartige Dienstleistungen angebracht ist, so wie es der Europäische Rat von Barcelona ins Auge gefasst hat.

Außerdem verabschiedet die Kommission eine Mitteilung über die Modernisierung des Gesellschaftsrechts und die Verbesserung der Corporate Governance in der Europäischen Union angesichts von Faktoren, wie der zunehmend grenzüberschreitenden Tätigkeit europäischer Unternehmen, der stetigen Integration der europäischen Kapitalmärkte, der Entwicklung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien und der bevorstehenden Erweiterung der Union.

In einer Mitteilung über die Stärkung der Abschlussprüfung in der EU befürwortet die Kommission schließlich neue Maßnahmen, die in erster Linie die öffentliche Aufsicht über Abschlussprüfer stärken sollen.

Rolle der Union in der Welt

26.-27. Mai: Konferenz der Außenminister der EU-Mittelmeer-Partnerschaft in Kreta. Die Parteien ziehen eine Bilanz der Umsetzung des 2002 angenommenen Aktionsplans von Valencia und erörtern ihre Beziehungen zu den neuen Nachbarn im Zusammenhang mit der Erweiterung.

Wirtschaft und Soziales

27. Mai: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über die Stärkung der sozialen Dimension der Lissabonner Strategie an. Darin unterbreitet sie Vorschläge für konkrete Aktionen zur Straffung der offenen Koordinierungsmethode: Die Festlegung gemeinsamer Ziele in drei Schwerpunktbereichen (soziale Eingliederung, Renten, Langzeitpflege), die Erstellung eines gemeinsamen Jahresberichts über den Sozialenschutz, die Ausarbeitung zugelassener Indikatoren und die schrittweise Durchführung dieser gestrafften Methode nach einem Zeitplan bis 2009.

Rolle der Union in der Welt

28. Mai: Gipfel Europäische Union-Kanada in Athen. Es wird auf die Gemeinsamkeiten im Zusammenhang mit den in internationalen Gremien, wie der WTO eingeleiteten Arbeiten ebenso verwiesen, wie auf die unterschiedliche Einschätzung beider Seiten in Bezug auf genetisch veränderte Organismen.

Rolle der Union in der Welt

31. Mai: Gipfel Europäische Union-Russland in Sankt Petersburg. Beide Parteien bekräftigen ihren Willen, die Zusammenarbeit im Rahmen des 1997 unterzeichneten Abkommens über Partnerschaft und Kooperation zu intensivieren, so dass langfristig „gemeinsame Räume“ in Bereichen wie Wirtschaft, Freiheit, Sicherheit und Justiz, Sicherheit nach außen, Forschung und Bildung entstehen können. Es wird beschlossen, den Kooperationsrat zu einem ständigen Partnerschaftsrat auszubauen. Die Parteien diskutieren außer-

dem über Tschetschenien, Moldau, den illegalen Betäubungsmittelhandel in Afghanistan und in Zentralasien und die Lage in Irak.

Juni

Wirtschaft und Soziales

2. Juni: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über die Halbzeitüberprüfung der sozialpolitischen Agenda an.

Gesundheit und Verbraucherschutz

2. Juni: In einer Mitteilung legt die Kommission im Zuge der Ereignisse vom 11. September 2001 die gesundheitspolitischen Aspekte der Maßnahmen der EU gegen den Bioterrorismus dar. Ebenso werden die Abwehrmaßnahmen des Gesundheitswesens gegen die Freisetzung biologischer und chemischer Kampfstoffe vorgestellt.

Verkehr

2. Juni: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über ein Europäisches Aktionsprogramm für die Straßenverkehrssicherheit an. Sie empfiehlt Maßnahmen, die eine strengere Einhaltung der geltenden Vorschriften, die Verstärkung der Kontrollen, die Harmonisierung der Sanktionen auf europäischer Ebene, die Weiterbildung der Fahrzeugführer, sowie die Verbesserung der Fahrzeugausrüstung und der Straßeninfrastrukturen bewirken sollen. Sie fordert außerdem die betroffenen Parteien zur Unterzeichnung einer dem Programm beigefügten Charta für die Straßenverkehrssicherheit auf.

Wirtschaft und Soziales

3. Juni: Das Europäische Parlament und der Rat unterzeichnen eine Richtlinie über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung. Die Tätigkeit dieser Einrichtungen wird damit an präzise Bedingungen geknüpft, was den Versorgungsanwärtern und Leistungsempfängern von Altersversorgungssystemen ein höheres Maß an Schutz bieten soll

Der Rat verabschiedet außerdem ein „Steuerpaket“ zur Bekämpfung schädlicher Praktiken und zum Abbau von Verzerrungen im Binnenmarkt.

Sicherheit und Recht

3. Juni: Die Kommission nimmt eine Mitteilungen zur Entwicklung einer gemeinsamen Einwanderungs- und Asylpolitik und eine weitere zur Einwanderung, Integration und Beschäftigung an.

Erweiterung

3. Juni: Die Kommission verabschiedet eine Mitteilung über die Mittel zur Förderung der Entwicklung des Nordteils Zyperns und seiner Annäherung an die Europäische Union.

Verkehr

5. Juni: Der Rat legt Verhandlungsdirektiven fest im Hinblick auf die Schaffung eines „offenen Luftraums“, der die so genannten Abkommen „Offener Himmel“ ersetzen soll. Ursprung dieser Entwicklung ist eine Verurteilung der zwischen acht Mitgliedstaaten und Drittstaaten geschlossenen so genannten „Open Skies-Abkommen“ durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften. Die Kommission hat daraufhin in einer Initiative vom 26. Februar ein umfassendes Mandat für die Aushandlung gemeinschaftlicher Abkommen mit Drittstaaten gefordert, die Standardklauseln für alle Luftfahrtunternehmen der Gemeinschaft enthalten, um jegliche Diskriminierung zu vermeiden.

Sicherheit und Recht

5.-6. Juni: Der Rat nimmt einen mit den westlichen Balkanstaaten und den Bewerberländern vereinbarten Aktionsplan zur Drogenbekämpfung an.

Erweiterung

8. Juni: Referendum in Polen über den Beitritt zur Union: 77,45% Ja-Stimmen.

Umwelt

11. Juni: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über die europäische Strategie für Umwelt und Gesundheit an.

Sicherheit und Recht

11. Juni: Die Kommission verabschiedet einen Vorschlag für ein Programm der Zusammenarbeit mit Drittländern im Migrationsbereich.

Energie

11.-12. Juni: Der Rat legt im Hinblick auf ein Kooperationsabkommen im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und China Verhandlungsdirektiven fest.

Umwelt

12. Juni: Die Kommission nimmt einen Vorschlag für den Abschluss des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe an.

Erweiterung

15.-16. Juni: Referendum in der Tschechischen Republik über den Beitritt zur Union: 77,33% Ja-Stimmen.

Gesundheit und Verbraucherschutz

16. Juni: Der Rat unterzeichnet das Rahmenabkommen der WHO zur Eindämmung des Tabakkonsums. Die Unterzeichner verpflichten sich, Werbung, Sponsoring und Verkaufsförderung für Tabak zu verbieten.

Rolle der Union in der Welt

16. Juni: Der Rat nimmt Schlussfolgerungen betreffend die Beziehungen der erweiterten Union zu ihren neuen östlichen und südlichen Nachbarn an. Er unterstreicht, dass die neuen Nachbarschaftspolitiken auf gemeinsamen Werten wie Freiheit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten, sowie der Rechtsstaatlichkeit beruhen müssen. Der Rat ersucht die Kommission, ab 2004 Vorschläge für Aktionspläne für alle betroffenen Länder vorzulegen.

Wirtschaft und Soziales

18. Juni: Das Europäische Parlament und der Rat erlassen eine Richtlinie über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Gesellschaften, Finanzinstituten und Versicherungsunternehmen.

Gesundheit und Verbraucherschutz

18. Juni: Die Kommission nimmt einen Vorschlag für eine Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken an.

Europäischer Rat

19.-20. Juni: Der Europäische Rat tagt in Thessaloniki. Der Präsident des Konvents über die Zukunft Europas legt den Entwurf für eine Europäische Verfassung vor, der nach Auffassung des Europäischen Rates eine gute Grundlage für die Regierungskonferenz darstellt. Darüber hinaus unterstützt und fördert der Europäische Rat die Initiativen der Kommission im Einwanderungsbereich und billigt den Entwurf für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik und die beschäftigungspolitischen Leitlinien. Er bringt ferner seine Sorge über die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, Iran und Nordkorea zum Ausdruck.

Rolle der Union in der Welt

21. Juni: Gipfel Europäische Union-Balkanstaaten. Die Teilnehmer vereinbaren, vorrangig Probleme in Zusammenhang mit der Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen, der organisierten Kriminalität, der Korruption und der illegalen Einwanderung zu bekämpfen. Es werden zwei Dokumente angenommen: Eine gemeinsame Erklärung, die die Unterstützung der EU für die Entwicklung der Balkanländer bekräftigt und erneut darauf hinweist, dass die Integration der Balkanländer im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses erfolgen wird, sowie die „Agenda von Thessaloniki“, in der skizziert wird, welchen Weg diese Länder in der Perspektive eines EU-Beitritts beschreiten sollen.

Rolle der Union in der Welt

24. Juni: Die Kommission gibt eine Stellungnahme zur Einführung von Schutzmaßnahmen für den Schiffbau ab. Sie fordert das Streitbelegungsgremium der WTO auf, ein Panel zur Prüfung der unlauteren Praktiken Südkoreas einzusetzen, nachdem mehrere Versuche gescheitert waren, diesbezüglich eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Rolle der Union in der Welt

25. Juni: Gipfel Europäische Union-Vereinigte Staaten. Mit diesem Gipfel wird nach dem Irakkrieg eine neue Phase der Verstärkung der transatlantischen Zusammenarbeit eingeleitet. Außerdem wird eine auf die demokratische Volksrepublik Korea und die Islamische Republik Iran abzielende gemeinsame Erklärung zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen verabschiedet.

Energie

26. Juni: Das Europäische Parlament und der Rat erlassen eine Entscheidung mit dem Titel „Intelligente Energie – Europa“ (2003-2006). Das Programm soll die Energieversorgungssicherheit durch eine Energienachfragepolitik, ein geändertes Verbraucherverhalten und eine Angebotspolitik, die vorrangig auf die Bekämpfung der Klimaerwärmung ausgerichtet ist, verbessern. Es unterstützt Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz. Das Programm steht den derzeitigen und den künftigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den Kandidatenländern und den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums offen.

Wirtschaft und Soziales

26. Juni: Der Rat legt die Grundzüge der Wirtschaftspolitik für den Zeitraum 2003-2005 fest.

Juli

Wirtschaft und Soziales

1. Juli: Die Kommission schlägt in einer Mitteilung über die Stärkung der europäischen Arzneimittelindustrie an fünf Themen orientierte Maßnahmen vor: Gewährleistung tatsächlicher Vorteile für die Patienten; Entwicklung einer wettbewerbsfähigen europäischen Industrie; Stärkung der wissenschaftlichen Grundlagen der Europäischen Union; arzneimittelpolitische Begleitung der neuen Mitgliedstaaten der Union; Förderung des Informationsaustauschs zwischen den Mitgliedstaaten zur Sicherstellung der Anwendung von Gemeinschaftsindikatoren.

Rolle der Union in der Welt

1. Juli: Die Kommission legt auf Ersuchen des Rates eine Mitteilung vor, in der sie die Möglichkeiten zur Einrichtung eines neuen Nachbarschaftsinstruments prüft. Sie nennt darin vier Ziele: Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den Grenzgebieten; Zusammenarbeit, um sich gemeinsamen Herausforderungen in Bereichen wie Umwelt, öffentliche Gesundheit und Prävention sowie Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu stellen; Gewährleistung wirksamer und sicherer Grenzen und schließlich Förderung von Nachbarschaftsaktionen auf lokaler Ebene. Die Mitteilung geht auch auf die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Koordinierung der bestehenden Instrumente (Interreg, Phare, Tacis, CARDS, MEDA) für gemeinsame Aktionen diesseits und jenseits der Außengrenze ein.

Rolle der Union in der Welt

9. Juli: Die Kommission verabschiedet entsprechend der Logik des Strategierahmens von 2001 zur Intensivierung der partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Europa und Asien eine Mitteilung, die als Grundlage für eine Partnerschaft neuen Stils sechs strategische Prioritäten identifiziert: regionale Stabilität und Terrorismusbekämpfung; Förderung der Menschenrechte, der demokratischen Grundsätze und des verantwortlichen politischen Handelns; Entwicklung des Bereichs Justiz und Inneres; regionaler Handel und Investitionen; Entwicklung der am stärksten benachteiligten Länder sowie Zusammenarbeit in spezifischen strategischen Bereichen.

Zukunft der Union

9.-10. Juli: Der Konvent über die Zukunft Europas kommt zu seiner Abschlusstagung zusammen: Auf der Grundlage der am ersten Tag geführten Diskussion nimmt das Präsidium letzte Änderungen an dem vom Konvent ausgearbeiteten Verfassungsentwurf vor. Diese betreffen namentlich die Aufnahme von Bestimmungen über die Symbole der Europäischen Union (Flagge, Hymne, Devise, Währung, Europatag am 9. Mai), besondere Formen der offenen Koordinierung auf bestimmten Sachgebieten (Sozialpolitik, Forschung, öffentliche Gesundheit, Industrie) und die Wahrung der Rechte des Europäischen Parlaments bei der Schaffung eines europäischen Auswärtigen Dienstes und bei künftigen Änderungen der europäischen Verfassung. Eine weitere Änderung ermöglichte die Beibehaltung der Einstimmigkeit bei Abkommen im Bereich der kulturellen und audiovisuellen Dienstleistungen. Dagegen wurde die Verschmelzung der Gemeinschaften mit der Union auf die Europäische Gemeinschaft beschränkt. Die Rechtspersönlichkeit der Europäischen Atomgemeinschaft wurde beibehalten. Somit verfügt die Union zwar nach dem Vertragsentwurf über eine Rechtspersönlichkeit, diese ist jedoch nicht einheitlich.

Erweiterung

14. Juli: Das zyprische Parlament ratifiziert den Beitrittsvertrag einstimmig.

Umwelt

15. Juli: Das Europäische Parlament und der Rat verabschieden die Verordnung über grenzüberschreitende Verbringungen genetisch veränderter Organismen, durch die die Bestimmungen des Protokolls von Cartagena in das Gemeinschaftsrecht umgesetzt werden. Durch diese Verordnung wird ein gemeinsames Notifizierungs- und Informationssystem für Ausfuhren von genetisch veränderten Organismen in Drittländer eingeführt, das den Exporteuren der Gemeinschaft Forderungen auferlegt, die über die Verpflichtungen des Protokolls hinausgehen.

Wirtschaft und Soziales

22. Juli: Der Rat verabschiedet die Verordnung über das Statut der Europäischen Genossenschaft und die Verordnung über die Beteiligung der Arbeitnehmer in dieser Gesellschaftsform.

Sicherheit und Recht

22. Juli: Der Rat legt Vorschriften für die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über die Sicherstellung von Vermögensgegenständen oder Beweismitteln in der Europäischen Union fest. Ferner verabschiedet er einen Rahmenbeschluss zur Bekämpfung der Bestechung im privaten Sektor

Gemeinsame Handelspolitik

22. Juli: Der Rat nimmt eine Verordnung über das Vorgehen der Zollbehörden gegen Waren an, die im Verdacht stehen, bestimmte Rechte an geistigem Eigentum zu verletzen.

Wirtschaft und Soziales

22. Juli: Der Rat legt beschäftigungspolitische Leitlinien fest, die eine vereinfachte und wirksamere europäische Beschäftigungsstrategie gewährleisten sollen. Außerdem spricht der Rat spezielle Empfehlungen für jeden Mitgliedstaat aus.

Gesundheit und Verbraucherschutz

23. Juli: Die Kommission nimmt einen Vorschlag für eine Verordnung zur Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Prävention und die Bekämpfung von Seuchen an.

Bildung und Kultur

24. Juli: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über den Aktionsplan 2004-2006 zur Förderung des Sprachenlernens und der sprachlichen Vielfalt an.

August

Umwelt

1. August: Die Kommission nimmt einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energiebetriebener Produkte an.

Umwelt

11. August: Die Kommission verabschiedet einen Vorschlag für eine Verordnung über bestimmte fluorierete Treibhausgase an.

Sicherheit und Recht

14. August: Die Kommission schlägt vor, ein spezielles Visum einzuführen, um „ehrliehen Grenzgängern“ das Überschreiten der Außengrenzen zu erleichtern. Diese Regelung soll auf die „vorläufigen Landaußengrenzen“ zwischen den Mitgliedstaaten angewendet werden.

Sicherheit und Recht

22. August: Die Kommission schlägt vor, im Namen der Europäischen Gemeinschaft das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, das Zusatzprotokoll gegen die Schleusung von Migranten auf dem Land-, Luft- und Seeweg, sowie das Zusatzprotokoll zur Verhinderung, Bekämpfung und Strafverfolgung des Menschenhandels abzuschließen.

September

Rolle der Union in der Welt

10. September: Die Kommission nimmt ein Grundsatzpapier über die gemeinsamen Interessen und Herausforderungen in den Beziehungen zwischen der EU und China an. In dem Papier sind folgende prioritäre Aktionsbereiche ausgewiesen: Politischer Dialog und globales politisches Handeln; Unterstützung Chinas auf seinem Weg in eine auf Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte gegründete offene Gesellschaft; Förderung der wirtschaftlichen Öffnung Chinas nach innen und nach außen; Kooperationsprogramm EG-China und stärkere Profilierung der EU in China.

Die Kommission empfiehlt außerdem einige praktische Maßnahmen zur Verbesserung des Beitrags der Europäischen Union zum UN-System.

Rolle der Union in der Welt

10.-14. September: Fünfte Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Cancún (Mexiko). Die Kommission wird durch die Kommissionsmitglieder Lamy und Fischler vertreten. Hauptziel der Konferenz ist es, Bilanz zu ziehen und die für die Fortführung der Verhandlungen über die Entwicklungsagenda von Doha notwendigen politischen Beschlüsse zu fassen, vor allem in den Bereichen Landwirtschaft, Marktzugang für Nichtagrarerzeugnisse, Dienstleistungsverkehr und Entwicklung. Weitere wichtige Bereiche sind die so genannten „Singapur-Themen“ betreffend Handel und Investitionen sowie die Bereiche Handel und Wettbewerbspolitik, Transparenz des öffentlichen Auftragswesens und Handels erleichterungen. Auf der Konferenz wird zu keiner dieser Fragen eine Einigung oder ein Gemeinsamer Standpunkt erzielt, so dass sich die Verhandlungen verzögern und es nun den ständigen Vertretern der WTO-Mitgliedstaaten in Genf obliegt, die Gespräche weiterzuführen.

Wirtschaft und Soziales

14. September: In Schweden wird die Einführung des Euro in einem Referendum mit 56,1% Nein-Stimmen abgelehnt.

Erweiterung

14. September: Referendum über den Beitritt zur Union in Estland (66,9% Ja-Stimmen) und in Lettland (67% Ja-Stimmen).

Wirtschaft und Soziales

15. September: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über Informations- und Kommunikationstechnologien für die Fahrzeugsicherheit an.

Zukunft der Union

17. September: In einer Stellungnahme bringt die Kommission einige Änderungsvorschläge zum Verfassungsentwurf vor: Sie spricht sich für die Beibehaltung eines Kollegiums aus, dem ein Staatsangehöriger aus jedem Mitgliedstaat angehört. Ferner befürwortet sie eine größere Dezentralisierung des kommissionsinternen Entscheidungsprozesses und schlägt Verfahren zur Senkung des Vetorisikos im Rat vor. Die Kommission spricht sich außerdem dafür aus, ein weniger starres Verfahren vorzusehen für Verfassungsänderungen an Passagen, die nicht die Zuständigkeiten der Union oder das institutionelle Gleichgewicht betreffen.

Umwelt

19. September: Die Kommission schlägt zur Ergänzung der gemeinschaftlichen Gewässerschutzbestimmungen spezifische Maßnahmen zur Vermeidung und Bekämpfung der Verschmutzung des Grundwassers vor.

Sicherheit und Recht

22. September: Der Rat legt in einer Richtlinie die Bedingungen fest, unter denen die Familienangehörigen eines Drittstaatsangehörigen, der sich rechtmäßig im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufhält und begründete Aussicht auf Erteilung eines Daueraufenthaltsrechts hat, in den betreffenden Mitgliedstaats einreisen und sich dort aufhalten können.

Umwelt

22. September: Das Europäische Parlament und der Rat verabschieden zwei Verordnungen über genetisch veränderte Lebensmittel und genetisch veränderte Organismen.

Wirtschaft und Soziales

23. September: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik für den Tabak-, Olivenöl-, Baumwoll- und Zuckersektor an.

Wirtschaft und Soziales

26. September: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über die Rolle elektronischer Behördendienste (E-Government) für die Zukunft Europas an.

Wirtschaft und Soziales

29. September: Der Rat verabschiedet eine Reihe von Verordnungen zur Reformierung der Gemeinsamen Agrarpolitik. Die Reform soll erreichen, dass die Landwirte der Union wettbewerbsfähiger werden und ihre Tätigkeit stärker auf den Markt ausrichten; gleichzeitig wird ein Beitrag dazu geleistet, dass mehr Mittel in die Programme zugunsten des Umweltschutzes, der Qualität und des Tierschutzes fließen können. Mit der Reform wird unter anderem für die Landwirte in der Europäischen Union eine einzige Zahlung je Betrieb eingeführt, die nicht mehr an die Erzeugung gekoppelt ist, sondern an Auflagen in den Bereichen Umweltschutz, Lebensmittelsicherheit usw. sowie an die Auflage, alle Agrarflächen des Betriebs landwirtschaftlich und ökologisch in gutem Zustand zu halten, gebunden ist.

Oktober

Zukunft der Union

4. Oktober: Eröffnung der Regierungskonferenz in Rom. Die Staats- und Regierungschefs bekräftigen in der „Erklärung von Rom“, dass der Verfassungsvertragsentwurf eine gute Ausgangsbasis für ihre Arbeiten darstellt und dass diese bis zur Wahl des Europäischen Parlaments im Juni 2004 abgeschlossen sein sollen. Im Folgenden wird über die Anzahl der Ratsformationen und die Führung des Vorsitzes, über die Reichweite der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit, über die Zusammensetzung der Kommission, die Rechtsstellung des Außenministers und die Politikbereiche der Union debattiert.

Rolle der Union in der Welt

8. Oktober: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über die vollständige Einbeziehung der Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten in den EU-Haushalt an.

Wirtschaft und Soziales

8. Oktober: Die Kommission legt ihre jährliche Mitteilung über die Strukturindikatoren vor, die als Grundlage für die Ausarbeitung des Jahresberichts dient.

Rolle der Union in der Welt

13. Oktober: In seinen Schlussfolgerungen befürwortet der Rat die von der Kommission angekündigten Schritte zur Ausarbeitung von Nachbarschaftsprogrammen und nimmt das vorgeschlagene Finanzvolumen für die einzelnen Programme zur Kenntnis. Er ersucht die Kommission ferner, die Machbarkeit und die Auswirkungen eines neuen Nachbarschaftsinstruments weiter zu prüfen.

Umwelt

13. Oktober: Das Europäische Parlament und der Rat verabschieden eine Richtlinie über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten.

Wirtschaft und Soziales

13. Oktober: Die Kommission nimmt eine Mitteilung zur Festlegung eines Rahmens für die Luft- und Raumfahrt an.

Wirtschaft und Soziales

14. Oktober: Im Einklang mit den Bestimmungen des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, nach denen alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union Vertragsparteien des EWR-Abkommens werden sollen, wird ein Übereinkommen unterzeichnet, das die Teilnahme der zehn künftigen Mitgliedstaaten gewährleistet. Darin werden die, für die Teilnahme der zehn Länder, notwendigen technischen Änderungen festgelegt und vier Nebenabkommen - zwei bilaterale Abkommen mit Norwegen über den norwegischen Finanzmechanismus und bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse, sowie zwei Zusatzprotokolle zu den Freihandelsabkommen mit Island und Norwegen – einbezogen.

Europäischer Rat

16.-17. Oktober: Der Europäische Rat tagt in Brüssel, wobei es im Wesentlichen um die Themen Wirtschaft und Inneres geht. Im Bereich Wirtschaft betont er die Notwendigkeit, weiterhin an der Entwicklung einer gesunden Volkswirtschaftspolitik zu arbeiten, die Strukturreformen zu beschleunigen und Investitionen in Infrastrukturen und Humankapital zu fördern. Insbesondere unterstützt er die Errichtung von Verkehrsinfrastrukturen, eine weitere Integration des Binnenmarktes für Strom und Gas, die Mobilisierung von Investitionen zu Gunsten von Innovation, Forschung und Entwicklung, sowie von Aus- und Fortbildungseinrichtungen. Im Bereich Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft legt der Europäische Rat den Schwerpunkt auf Maßnahmen im Bereich des Binnenmarktes (Finanzdienste, Gemeinschaftspatent, Übernahmeangebote) und zu Gunsten von Industrie, Forschung und Technologie. Er lenkt ebenfalls die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit einer wirksamen Sozialpolitik, sowie von Initiativen zur Stärkung des Umweltschutzes und der nachhaltigen Entwicklung. Im Bereich Justiz und Inneres betont der Europäische Rat die Notwendigkeit einer effizienteren Grenzverwaltung in einem erweiterten Europa. Der Europäische Rat beschäftigte sich ferner mit Fragen der Außenbeziehungen.

Rolle der Union in der Welt

20. Oktober: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über „Governance“ in Entwicklungsländern an.

Verkehr

21. Oktober: Die Kommission nimmt Vorschläge über Sozialvorschriften für Tätigkeiten im Kraftverkehr und über den europäischen Führerschein an.

Rolle der Union in der Welt

23.-24. Oktober: Konferenz über den Wiederaufbau des Iraks in Madrid. 73 Länder und 20 internationale Organisationen kommen zusammen, um einen Beitrag zur Finanzierung des Wiederaufbaus des Landes zu leisten. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sagen für 2004 einen Beitrag in Höhe von 700 Mio. EUR zu. Vorbereitend zu dieser Konferenz hatte die Kommission am 1. Oktober Empfehlungen zum Verlauf dieses Prozesses, sowie zur Teilnahme der Gemeinschaft an diesem Projekt vorgelegt, die vom Rat am 13. Oktober begrüßt wurden.

Umwelt

24. Oktober: Die Kommission nimmt ein Paket von Vorschlägen über den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten an.

Erweiterung

27. Oktober: Die Kommission nimmt einen Vorschlag zur Anpassung der Beitrittsakte der künftigen Mitgliedstaaten an die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik an.

Kommission

29. Oktober: Die Kommission verabschiedet ihr Legislativ- und Arbeitsprogramm für 2004.

Rolle der Union in der Welt

30. Oktober: Der sechste Gipfel Europäische Union-China findet in Peking statt. Die Parteien weisen auf ihre Entschlossenheit hin, die Handelsbeziehungen zu intensivieren, und erörtern die weltpolitische Lage. Bei den zwei geschlossenen Abkommen handelt es sich zum einen um die Beteiligung Chinas am europäischen Programm der satellitengesteuerten Funknavigation Galileo und zum anderen um eine Vereinbarung über Touristikreisen chinesischer Bürger nach Europa.

November

Wirtschaft und Soziales

5. November: Die Kommission schlägt eine Richtlinie zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen vor.

Erweiterung

5. November: Die Kommission nimmt einen allgemeinen Fortschrittsbericht über den Stand der Beitrittsvorbereitungen, sowie ein Strategiepapier und einen Bericht über die Fortschritte der Beitrittsländer an.

Rolle der Union in der Welt

6. November: Gipfel EU-Russland. Hauptthema der Gespräche sind die Reformschritte in der Russischen Föderation. Angeschnitten werden ferner die Lage in Tschetschenien und die Entwicklung in der Sache der Jukos-Gruppe. Die Konsequenzen der Erweiterung der Union auf die beiderseitigen Beziehungen werden besprochen, wobei es insbesondere darum geht, das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, das zurzeit beide Parteien miteinander verbindet, auf die im Mai 2004 beitretenden neuen EU-Mitglieder auszuweiten. Die Parteien verabschieden eine gemeinsame Erklärung, die auf eine bessere Kooperation in Politik- und Sicherheitsfragen abzielt. Zur Verbesserung der Kooperation in der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität unterzeichnen Europol und der russische Innenminister ein entsprechendes Abkommen.

In seiner am 20. November verabschiedeten Resolution macht das Europäische Parlament Vorbehalte zu den Ergebnissen dieses Gipfels geltend, namentlich in Bezug auf die von der Europäischen Union bezogene Stellung in der Tschetschenien-Frage.

Gesundheit und Verbraucherschutz

10. November: Die Kommission schlägt die Festlegung gemeinsamer Regeln für den Zusatz von Vitaminen und Mineralien in Lebensmitteln vor.

Wirtschaft und Soziales

11. November: Die Kommission nimmt ein Weißbuch zur europäischen Raumfahrtpolitik an.

Sicherheit und Recht

11. November: Die Kommission schlägt die Errichtung einer Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen vor.

Bildung und Kultur

11. November: Die Kommission nimmt eine Mitteilung zur Dringlichkeit von Reformen in Bildung und Kultur im Rahmen der Lissabonner Strategie an.

Rolle der Union in der Welt

13. November: Die Kommission schlägt die Gründung Europäischer Partnerschaften im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses vor.

Sicherheit und Recht

14. November: Die Kommission schlägt einen Rahmenbeschluss zur Erlangung von Beweismaterial zur Verwendung in Strafverfahren vor.

Wirtschaft und Soziales

17. November: Das Europäische Parlament und der Rat verabschieden eine Richtlinie zum Schutz von Fußgängern und anderen ungeschützten Verkehrsteilnehmern

Wirtschaft und Soziales

18. November: Die Kommission schlägt eine Richtlinie über die Verschmelzung von Kapitalgesellschaften aus verschiedenen Mitgliedstaaten vor.

Wirtschaft und Soziales

18. November: Die Kommission schlägt im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik zwei Verordnungen vor, die zum einen Direktzahlungen an Landwirte und zum anderen bestimmte gemeinsame Marktorganisationen betreffen.

Zukunft der Union

20. November: Das Europäische Parlament verabschiedet eine Entschließung zu den Finanzvorschriften des Verfassungsentwurfs.

Wirtschaft und Soziales

21. November: Die Kommission nimmt eine Mitteilung zu einem integrierten Konzept der Wettbewerbsfähigkeit an.

Wirtschaft und Soziales

25. November: Der Rat nimmt Schlussfolgerungen zur Bewertung der Maßnahmen an, die Frankreich und Deutschland getroffen haben, um dem übermäßigen Defizit abzuweichen. Darin übernimmt der Rat zwar die Schlussfolgerungen der Kommission im Wesentlichen, beschließt aber aufgrund der Tatsache, dass Deutschland und Frankreich sich öffentlich zur Rückführung ihres Defizits unterhalb von 3% ihres BIP bis 2005 verpflichtet haben, die gegen die beiden Länder eingeleiteten Verfahren bei einem übermäßigen Defizit auszusetzen. Die Kommission bedauert diese Entscheidungen und auch das Europäische Parlament bringt am 4. Dezember seine Vorbehalte in Bezug auf diese Entscheidungen zum Ausdruck.

Sicherheit und Recht

25. November: Die Kommission schlägt die Einrichtung eines sicheren webgestützten Informations- und Koordinierungsnetzes für die Migrationsbehörden der Mitgliedstaaten vor.

Wirtschaft und Soziales

25. November: Unterzeichnung einer Rahmenvereinbarung zwischen der Gemeinschaft und der Europäischen Raumfahrtagentur.

Rolle der Union in der Welt

26. November: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über die Neubelebung der Verhandlungen zur Doha-Entwicklungsagenda an.

Rolle der Union in der Welt

27. November: Europa-Mittelmeerkonferenz der Landwirtschaftsminister in Venedig.

Rolle der Union in der Welt

29. November: Viertes Gipfeltreffen der Europäische Union und Indien in Neu Delhi. Auf diesem Gipfel kam es zum Abschluss eines Zoll-Kooperationsabkommens, die mögliche Teilnahme Indiens am Galileo-Projekt wurde besprochen und die Verhandlungen über ein Seeverkehrsabkommen zwischen der EU und Indien begonnen werden.

Dezember

Umwelt

1. Dezember: Das Europäische Parlament und der Rat verabschieden eine Richtlinie zur Änderung der Richtlinie zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen (Seveso II). Die neue Richtlinie erfasst die chemische und thermische Behandlung in der Bergbauindustrie, sowie in Betrieb befindliche Anlagen, in denen gefährliche Stoffe enthaltendes Versatzgut behandelt wird. Ferner wurden verschiedene Bestimmungen für Bereiche wie die Information der Öffentlichkeit und die Ausbildung für Notfälle verstärkt. Die Mitgliedstaaten sind außerdem verpflichtet, der Kommission bestimmte Mindestinformationen über alle „Seveso-Standorte“ auf ihrem Hoheitsgebiet vorzulegen.

Rolle der Union in der Welt

1.-2. Dezember: Europa-Mittelmeerkonferenz der für Energiefragen zuständigen Minister in Rom. Die Gespräche beziehen sich auf eine neue Europa-Mittelmeer-Partnerschaft zur Investitionsförderung, die Finanzierung von Infrastruktur und die Sicherheit der Energieversorgung.

Wirtschaft und Soziales

2. Dezember: Die Kommission nimmt die Mitteilung „Ein neuer Rechtsrahmen für den Zahlungsverkehr im Binnenmarkt“ an.

Rolle der Union in der Welt

2.-3. Dezember: Europa-Mittelmeerkonferenz der Außenminister in Neapel. Bei dieser sechsten Konferenz sprachen die Außenminister der 25 Staaten der erweiterten Union mit ihren Amtskollegen aus den zehn Mittelmeer-Partnerländern hauptsächlich über der Weiterentwicklung der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft seit Einleitung des Barcelona-Prozesses, sowie die Errichtung einer parlamentarischen Versammlung der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft, einer Europa-Mittelmeer-Bank und einer Europa-Mittelmeer-Stiftung für den Dialog zwischen den Kulturen.

Bildung und Kultur

5. Dezember: Das Europäische Parlament und der Rat beschließen das Programm „Erasmus Mundus“ (2004-2008), das die Zusammenarbeit mit Drittländern im Bereich der Hochschulbildung vorsieht, sowie das Programm „e-Learning“, das auf die Integration von Informations- und Kommunikationstechnologien in die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung abzielt.

Gemeinsame Handelspolitik

8. Dezember: Der Rat verabschiedet eine Verordnung zur Einführung zusätzlicher Zölle auf die Einfuhren bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten. Es handelt sich dabei um eine Gegen-

maßnahme zu amerikanische Schutzmaßnahmen gegenüber Stahlerzeugnissen, die gegen die WTO-Regeln verstoßen. Am 4. Dezember kündigen die Vereinigten Staaten die sofortige Aufhebung ihrer Schutzmaßnahmen an und der Rat hebt daraufhin am 12. Dezember die Verordnung auf.

Rolle der Union in der Welt

9. Dezember: Erste Sitzung der Außenminister des Forums Europäische Union-Westliche Balkanländer in Brüssel. Die gemeinsamen Schlussfolgerungen heben die Notwendigkeit hervor, Fragen von gemeinsamem Interesse zu erörtern, den Fortschritt der Länder in der Region bei ihrem Prozess der Integration in die EU zu evaluieren und sie über die Entwicklungen in der Europäischen Union zu unterrichten.

Energie

10. Dezember: Die Kommission nimmt eine Mitteilung und eine Reihe von Vorschlägen zur Versorgungssicherheit und zu Gas- und Elektrizitätsinfrastruktureinrichtungen an.

Wirtschaft und Soziales

10.-12. Dezember: Weltgipfel über die Informationsgesellschaft (erste Etappe) in Genf. 175 Länder treffen zusammen. Herr Stanca, der italienische Minister für Innovation und Technologie, nimmt als Vertreter des Vorsitzes der Union teil, wie auch die Kommissionsmitglieder Liikanen und Nielson sind vertreten. Es wird eine Grundsatzklärung und ein Aktionsplan verabschiedet.

Sicherheit und Recht

11. Dezember: Die Kommission nimmt eine Mitteilung zum Stand der Arbeiten bei der Entwicklung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation an.

Wirtschaft und Soziales

11. Dezember: Ein außerordentlicher Dreiergipfel für Wachstum und Beschäftigung findet statt, um einen Meinungsaustausch zwischen dem Ratsvorsitz, der Kommission und den Sozialpartnern über die derzeitigen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen und deren Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung zu ermöglichen.

Europäischer Rat

12. Dezember: Der Europäische Rat tagt in Brüssel. Er legt eine Sicherheitsstrategie fest, die unter anderem den Kampf gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen umfasst, sowie ein mehrjähriges Strategieprogramm für den Zeitraum 2004-2006. Weitere Themen sind Wirtschaft (Europäische Aktion für Wachstum, „Schnellstartprogramm“), Justiz und Inneres (Agentur für die operative Zusammenarbeit an den gemeinsamen Grenzen, Bekämpfung der illegalen Einwanderung, Dialog mit Drittländern in Migrationsfragen), Erweiterung (Fortschrittsberichte und Strategiepapier) und Außenbeziehungen (transatlantische Beziehungen, westliche Balkanländer, Europa-Mittelmeerpartnerschaft, Irak und Beziehungen zu Russland).

An den Gipfel schließt sich eine Sitzung der Regierungskonferenz an. Den Staats- und Regierungschefs gelingt es nicht, sich auf einen Verfassungsentwurf zu einigen. Ausschlaggebend für den Abbruch der Verhandlungen ist vor allem die Frage der Stimmgewichtung: Polen und Spanien sind nicht bereit, auf die im Vertrag von Nizza vereinbarten Stimmverteilungen zu verzichten. Weitere strittige Themen sind die Anzahl der stimmberechtigten Kommissare, sowie die Frage des Gottesbezuges in der Präambel.

Bildung und Kultur

15. Dezember: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über die Zukunft der europäischen Regulierungspolitik im audiovisuellen Bereich an.

Gemeinsame Handelspolitik

15. Dezember: Der Rat verabschiedet eine Verordnung zum Schutz vor den Auswirkungen des amerikanischen Antidumpinggesetzes aus dem Jahr 1916.

Bildung und Kultur

17. Dezember: Die Kommission nimmt einen Vorschlag für eine Entscheidung über ein einheitliches Rahmenkonzept zur Förderung der Transparenz von Qualifikationen und Kompetenzen (Europass) an.

Haushalt

18. Dezember: Das Europäische Parlament verabschiedet den Haushalt 2004.

Gemeinsame Handelspolitik

18. Dezember: Die Kommission legt ein Grünbuch mit dem Titel „Die Zukunft der Ursprungsregeln im Präferenzhandel der Gemeinschaft“ vor, um diese Regeln insbesondere der Zollentwicklung anzupassen.

Zukunft der Union

19. Dezember: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über den Dialog mit den Verbänden der Gebietskörperschaften über die Politikgestaltung der Europäischen Union an.

Wirtschaft und Soziales

22. Dezember: Der Rat verabschiedet eine Richtlinie zur Änderung der so genannten Mutter-/Tochter-Richtlinie, mit der die in den Steuervorschriften für Mutter- und Tochtergesellschaften aus verschiedenen Mitgliedstaaten enthaltenen Hindernisse für ein reibungsloses Funktionieren des Binnenmarkts beseitigt werden.

Sicherheit und Recht

22. Dezember: Der Rat erlässt einen Rahmenbeschluss zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornographie.

Sicherheit und Recht

22. Dezember: Nach einer Entscheidung des Rats darf sich ein Mitgliedstaat auch dann in einem Drittland durch einen anderen Mitgliedstaat vertreten lassen, wenn er dort selbst eine diplomatische Vertretung besitzt.

Wirtschaft und Soziales

22. Dezember: Die Kommission nimmt einen Vorschlag für eine Verordnung über ein Gemeinschaftsprogramm für genetische Ressourcen in der Landwirtschaft an.

Wirtschaft und Soziales

22. Dezember: Das Europäische Parlament und der Rat ernennen einen Europäischen Datenschutzbeauftragten, Peter Johan Hustinx, und seinen Stellvertreter, Joaquin Bayo Delgado. Das Mandat gilt für fünf Jahre.

Wirtschaft und Soziales

23. Dezember: Die Kommission nimmt eine Reihe von Vorschlägen an, mit denen dem Gerichtshof und dem „Gemeinschaftspatentgericht“ die alleinige Zuständigkeit für Streitsachen, die das Gemeinschaftspatent betreffen, übertragen wird.

Wirtschaft und Soziales

30. Dezember: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über die Modernisierung des Sozialschutzes an, die darauf abzielt, der Bevölkerungsalterung zu begegnen und die Ausgrenzung zu bekämpfen.